

**Islamistischer Terrorismus Schwerpunkt des Verfassungsschutzes
Steigerung linksextremistischer Straf-
und Gewalttaten**

„Der islamistische Terrorismus bildet mit Recht nach wie vor einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes“, sagte Innenminister Volker Bouffier zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2009. Sorge bereiten ihm weiterhin Ausreisepläne von Islamisten, die sich in Terrorcamps ausbilden lassen wollten. „Allein in Hessen konnten 2009 fünf Ausreisen mutmaßlicher gewaltbereiter Jihadisten verhindert werden. Dies unterstreicht, wie zutreffend die Prognosen des Verfassungsschutzes waren, vor dem Phänomen der möglichen Ausreisen radikalisierte Muslime zu warnen“, so Bouffier weiter. Der Minister hob außerdem hervor, dass die Zahl deutschsprachiger, islamistisch-terroristischer Propagandabeiträge im Internet stark angestiegen sei.

Der Minister rückte weiter die aktuelle Entwicklung im Bereich des Linksextremismus in den Blickpunkt. „Wir stellen fest, dass wir ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet eine Zunahme der Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen haben. Besonders markant ist der Anstieg der

Straf- und Gewalttaten, die sich gegen „Rechte“ richten, also im Rahmen des sogenannten „antifaschistischen Kampfes“ verübt werden. Aber auch in Bezug auf Straf- und Gewalttaten, die sich gegen Sicherheitsbehörden richten, war eine deutliche Steigerung festzustellen. Im Gegensatz dazu stellt das Landesamt für Verfassungsschutz in dem Jahresbericht

fest, dass die NPD weiter an Einfluss in der rechtsextremen Szene verliert. „Die sinkenden Mitgliederzahlen lassen auch das Aktionspotenzial der NPD schrumpfen. Sie ist schwach und tritt öffentlich kaum mehr in Erscheinung“, so Bouffier. Allerdings hat sich vor diesem Hintergrund die Neonaziszene neu orientiert. Sie ist aktionistischer und auch gewaltbereiter geworden. Als Reaktion auf die gewalttätigen Übergriffe im Schwalm-Eder-Kreis habe die Polizei mit einem massiven und unnachgiebigen Einsatz gezielt gegen die Hauptaktivisten reagiert, erläuterte der Minister.

**Direktwahl
in Usingen**

Wir wünschen dem CDU-Kandidaten **Steffen Wernard** bei der Bürgermeister-Stichwahl am **02.05.2010** in Usingen viel Erfolg!

**Verfassungsschutzbericht 2009
Holger Bellino: „Entwicklungen beim islamistischen Terrorismus besorgniserregend“**

Mit „Dank und Anerkennung für die hervorragende Arbeit der Mitarbeiter des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz“ reagierte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Holger Bellino, auf die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichtes 2009, den der hessische Innenminister Volker Bouffier in dieser Woche vorstellte. „Durch die Gefahren des internationalen Terrorismus ist das Aufgabenfeld der Verfassungsschützer stetig größer geworden. Mit Besorgnis nehme ich die Entwicklungen im Bereich des islamistischen Terrorismus wahr. Der Vorschlag des Innenministers, eine Gegenoffensive von Politik und Gesellschaft gegen den Terrorismus zu starten, ist eine hervorragende Idee“, sagte Bellino.

„Im Bereich des Linksextremismus ist besonders die Zunahme der Gewalt durch so genannte Autonome höchst bedenklich. Im Gegensatz dazu finde ich es aber besonders erfreulich, dass die NPD in Hessen weiter an Einfluss verliert. Die CDU ist weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind und bekämpft auch weiterhin entschlossen diese beiden extremistischen Lager“, sagte Bellino.

„Im Bereich des Linksextremismus ist besonders die Zunahme der Gewalt durch so genannte Autonome höchst bedenklich. Im Gegensatz dazu finde ich es aber besonders erfreulich, dass die NPD in Hessen weiter an Einfluss verliert. Die CDU ist weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind und bekämpft auch weiterhin entschlossen diese beiden extremistischen Lager“, sagte Bellino.





Mindestverordnung

Bettina M. Wiesmann: „Trotz knapper Kassen wird frühkindliche Bildung hessenweit gestärkt“

„Wir setzen unsere Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung weiter fort. Spätestens ab dem 1. September 2012 wird in jeder hessischen Kindertagesstätte der verbesserte Personalschlüssel gegeben sein. Mit der Mindestverordnung schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die frühkindliche Bildung durch den Bildungs- und Erziehungsplan 0-10 überall in Hessen gestärkt wird. Dies ist eine zentrale Investition in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes insgesamt“, sagte die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina M. Wiesmann zum Thema Mindestverordnung (MVO). Das Land bringe trotz der extrem schwierigen Haushaltslage, in der Ausgabenkürzungen unumgänglich seien, einen Millionenbetrag für die Verbesserung der Personal-

standards in Kindertagesstätten auf. Die gefundene Lösung sei im Interesse aller Beteiligten vernünftig. „Kinder werden hessenweit gleich gut gestellt. Das Land behält seinen gestaltenden Einfluss in einem für unser aller Zukunft entscheidenden Bereich - zu vertretbaren Kosten. Die Kommunen behalten ihre originären Aufgaben (z. B. die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten), profitieren aber vollumfänglich von der Kostenerstattung, soweit sie Einstellungen im Vertrauen auf die angekündigte Neufassung der MVO durch das Land – seit dem 30.12.2008 – vorgenommen haben“, betonte Wiesmann. Die Kommunen, die bereits vor der neuen MVO die Betreuungssituation verbessert haben, hätten dies in eigener Verantwortung getan und aus den eigenen Haushalten finanziert. Kinderbetreuung sei grundsätzlich Aufgabe der Kommunen. Daher könnten die Kosten, die den Trägern durch eine freiwillige Heraufsetzung des Fachkraftschlüssels

entstanden seien, nicht erstattet werden. „Wir sind in Sachen frühkindliche Bildung Vorreiter und wollen es bleiben“, so Wiesmann, „deshalb setzen wir unsere Qualitätsoffensive in hessischen Kindertagesstätten fort – mit dem erforderlichen Augenmaß, was die Kosten betrifft. Dies entspricht unserer doppelten Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Am Ende sind es doch genau diejenigen Personen, deren Bildungschancen als Kinder uns heute berechtigterweise am Herzen liegen, deren finanzielle Inanspruchnahme in der Zukunft wir nicht überstrapazieren dürfen.“ Die Qualitätsoffensive in hessischen Kindertagesstätten sei und bleibe ein Kernanliegen der Landesregierung. Dies sei in Zeiten wie diesen ein bemerkenswerter Erfolg, hob Wiesmann abschließend hervor.

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf der Seite der CDU Hessen durch Einwählen in den Mitgliederbereich.

Kruzifixe im öffentlichen Raum

Christean Wagner: „Kruzifixe sind Zeichen für Deutschlands“

christliche Tradition

„So sehr ich die Berufung von Frau Aygül Özkan zur künftigen Sozialministerin Niedersachsens als bemerkenswerte Entscheidung von Ministerpräsident Wulff begrüße, so sehr haben mich aber auch ihre Aussagen über Kruzifixe im öffentlichen Raum negativ überrascht. Deutschland ist ein christlich geprägtes Land, dies muss Frau Özkan zur Kenntnis nehmen. Bereits im Grundgesetz wird auf die Verantwortung vor Gott und den Menschen hingewiesen. Gerade für mich als Politiker der CDU ist das Christentum Maßstab und Richtschnur meines Handelns“, stellte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wag-

ner, anlässlich der Diskussion über Kruzifixe im öffentlichen Raum klar. Christliche Werte seien für einen Christdemokraten nicht nur aktuell, sondern grundlegend. Das Grundsatzzprogramm der CDU bringe dies schon in seiner Einleitung auf den Punkt: „Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bild geschaffen. Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Wir achten jeden



Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen“, heiße es dort, so Wagner.

Der Verweis auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung als ausreichendes Wertegerüst unseres Staates greife daher zu kurz. Sie stelle das unverzichtbare Minimum des gesellschaftlichen Konsenses dar. Der Zusammenhalt einer Gesellschaft erfordere aber mehr als Gesetzestreue. Notwendig sei ein übergeordneter Werterahmen, innerhalb dessen sich individuelle Lebensentwürfe entfalten können.“

Kernkraftwerke

Peter Stephan: „Mehrheit von SPD- und Grünen-Anhängern gehen davon aus, dass die Energieversorgung nur mit Kernenergie sicherzustellen ist“



„Egal, ob Strom- oder Fernwärmeleitungen, egal ob ein Wind- oder Solarpark, egal ob eine Biogasanlage oder ein Heizkraftwerk errichtet werden sollen - sobald eine bestimmte Investitionsabsicht bekannt wird, entsteht eine Bürgerinitiative vor Ort und versucht mit allen Mitteln, das Projekt zu verhindern. Es ist dringend notwendig, dass die einseitige und engstirnige Polarisierung endet und die Chancen und Risiken der verschiedenen Energieträger endlich objektiv und sachgerecht miteinander abgewogen

werden“, forderte der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Stephan, in einer Aktuellen Stunde des Landtags zur Zukunft der Kernenergie.

Ohne Zweifel lasse sich eine sichere, preiswerte und umweltfreundliche Energieversorgung am ehesten mit einem technologieoffenen und ausgewogenen Mix aller verfügbaren Energieträger erreichen.

Auch in der Bevölkerung reife die Erkenntnis, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht in dem Tempo vorstatten gehe, wie Umweltbewegung und Lobbyverbände glauben machen wollen. Einer kürzlichen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa zufolge gingen 81 Prozent der Befragten davon aus, dass die Kernenergie noch eine Weile nötig sei, um die Energieversorgung sicher zu stellen. „Dass dies sogar 62 Prozent der Grünen und 79 Prozent der SPD-Anhänger so sehen, spricht Bände“, erklärte der CDU-Abgeordnete.

Schäfer-Gümbel demonstriert und schont seinen Anzug

Auch Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel nahm an den Protesten der Atomkraftgegner in Biblis teil. Laut FAZ beteiligte er sich sogar an einem sogenannten „Die-in“, einer Aktion, bei der sich einige Demonstranten vor dem Atomkraftwerk in Biblis auf den Boden warfen und sich für einige Minuten tot stellten. Die FAZ berichtet, zunächst habe sich Schäfer-Gümbel irritiert und ratlos umgesehen, als um ihn herum Demonstranten in den Staub fielen. Ein Juso habe dann für seinen Chef die Situation gerettet, indem er schnell eine SPD-Parteifahne vom Zaun abmontierte und sie auf dem Boden ausbreitete. So konnte der SPD-Chef seinen Anzug schonen und trotzdem, wie die FAZ beschreibt, fünf Minuten wie eine trocknende Sardine in der Sonne liegend toter Mann spielen.

Pressekonferenz VhU

Christean Wagner: „Enkelgeneration darf nicht länger ausgebeutet werden“

Als „interessanten Diskussionsbeitrag zum Thema Haushaltskonsolidierung“ bezeichnete der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, die aktuellen Vorschläge der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände zur Haushaltskonsolidierung.

„Uns allen ist klar, dass die dringend notwendige Konsolidierung der Haushalte nicht angenehm ist, aber es gibt dazu keine Alternative. Das Beispiel Griechenlands mahnt uns, wie ein Staat an den Rand der Handlungsunfähigkeit gerät, wenn nicht rechtzeitig die finanzpolitische Notbremse gezogen



wird. Wir dürfen keine Politik machen, die unsere Enkelgeneration ausbeutet. Hier stehen wir vor einem Paradigmen-

wechsel in der Haushaltspolitik“, sagte Wagner.

Bereits mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2011 werde die finanzpolitische Zielrichtung der nächsten zehn Jahre festgelegt. „Nach der Weltwirtschaftskrise sind nun dramatische Mindereinnahmen spürbar. Wir stellen uns als Regierungskoalition diesen Realitäten und richten unsere Politik danach aus. Dies müssen die Bürgerinnen und Bürger auch von den demokratischen Oppositionsparteien erwarten können. Wer sich nur als Sozialdemagoge an der Diskussion beteiligt, der stiehlt sich feige aus der Verantwortung“, so Wagner.

Hessischer Hochschulpakt 2011-2015 Rafael Reißer: „1,4 Milliarden Euro Gesamtbudget und fünf Jahre Planungssicherheit sind bundesweit beispielhaft“



„Der Entwurf zum neuen Hessischen Hochschulpakt zeigt: Hochschulen haben weiterhin Vorfahrt in der Landespolitik. Alle Bereiche müssen auf dem Weg zu einem ausgeglichenem Haushalt ihren Beitrag leisten – aber ein Gesamtbudget von 1,4 Milliarden Euro und eine Planungssicherheit von fünf Jahren im Hochschulbereich sind bundesweit beispielhaft“, betonte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Rafael Reißer.

„Bereits im Hochschulpakt 2005 bis 2010 wurde mit Zustimmung aller

Hochschulen vereinbart, dass eine Verringerung der Mittel für die Hochschulen bei sinkenden Steuereinnahmen erfolgen wird. In diesem Punkt wird der alte Hochschulpakt lediglich fortgeführt, daher verstehe ich diesen Aufschrei nicht“, sagte Reißer zu der aktuellen Debatte.

„Gleichzeitig wird das Land im nächsten Jahr die Tarifsteigerung für das wissenschaftliche Personal zu 0,5 Prozent oder rund 4 Millionen Euro ausgleichen. Und zum Stichwort ‚Planungssicherheit‘: Für die weitere Laufzeit des Hochschulpaktes 2015 wird es keine weiteren Budgetsenkungen geben. Im Gegenteil: Wenn die Steuereinnahmen des Landes wieder das Niveau des Jahres 2009 erreichen, dann ist ab 2012 sogar ein Zuwachs von zweimal je 20 Millionen Euro innerhalb der Laufzeit des Paktes möglich. Dieses Privileg genießt kein anderer Bereich der Landespolitik, das muss man einfach mal zur Kenntnis nehmen“, so Reißer.

Zu dem Gesamtetat, komme das Hochschulbauprogramm HEUREKA mit 250

Erreichbarkeit der Landesgeschäftsstelle:

Am kommenden Montag, den 3. Mai, ist die Landesgeschäftsstelle der CDU Hessen aufgrund von Umbauarbeiten voraussichtlich über mehrere Stunden telefonisch nicht erreichbar. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Millionen Euro pro Jahr bis 2020 ebenso hinzu wie das LOEWE-Forschungsförderungsprogramm mit 410 Millionen Euro Gesamtvolumen bis 2014. Es werde deutlich, „dass wir dem Bildungsbereich weiterhin höchste Priorität zumessen“, stellte Reißer fest. Einmalig sei zudem das Sonderinvestitionsprogramm der Landesregierung mit einem Umfang von 1,7 Milliarden Euro zu nennen, das zu großen Teilen ebenfalls den Hochschulen zugute komme.

„Als Ausgleich für den Wegfall der Studienbeiträge erhielten die Hochschulen zudem über 90 Millionen Euro zusätzlich für die Qualitätssicherung in der Lehre.

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf der Seite der CDU Hessen durch Einwählen in den Mitgliederbereich.

Eklat an der Universität Marburg: Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann an Rede gehindert

Bei Übergabe des Präsidentenamtes an der Universität Marburg ist es bei der Rede von Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann zu so massiven Störungen gekommen, dass die Ministerin ihre Rede abbrechen und auf dringenden Rat der Polizei die Alte Aula in Marburg verlassen musste. Die Landesregierung hat mit deutlichen Worten auf diese Vorgänge reagiert: „Wir sind empört und empfinden es als bedrückend,

wenn eine solche Feier durch Studierende massiv torpediert wird und die Ministerin unter Polizeischutz durch den letzten Ausgang das Gebäude verlassen muss - mit dem Recht auf Demonstrationsfreiheit und mit geistiger Auseinandersetzung hat dieses Vorgehen nichts zu tun“, erklärte der Sprecher der Hessischen Landesregierung, Staatssekretär Dirk Metz, in Wiesbaden. Als „außerordentlich ungewöhnlichen Vorgang“ bezeichnete er es zudem, dass der Kanzler der Universität entgegen den Absprachen während des laufenden Festakts bereits 40 pro-

testierende Studierende in die Aula gelassen habe. „Es tut uns für die Universität Marburg leid, dass die Amtseinführung der neuen Hochschulleitung nicht in einem entsprechenden Rahmen möglich war und durch offensichtliche Organisationsmängel der Universität die Verabschiedung von Prof. Volker Nienhaus und die Amtseinführung seiner Nachfolgerin Prof. Katharina Krause derart außer Kontrolle geraten ist“, äußerte der Regierungssprecher und fügte bedauernd hinzu: „Dem Ansehen der Hochschule ist der Vorgang wahrlich nicht zuträglich.“